



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Sozialministerin Trautner: „Es ist erschreckend, dass immer noch Frauen wie Ware mitten in Europa, Deutschland und auch Bayern gehandelt werden“ – Frauen**

Sozialministerin Trautner: „Es ist erschreckend, dass immer noch Frauen wie Ware mitten in Europa, Deutschland und auch Bayern gehandelt werden“ – Frauen

16. Oktober 2020

Zum Europäischen Tag gegen Menschenhandel am 18. Oktober 2020 betont Bayerns **Sozialministerin Carolina Trautner**: „Es ist erschreckend, dass immer noch Frauen wie Ware mitten in Europa, Deutschland und auch Bayern gehandelt werden. Gerade Mädchen und Frauen in schwierigen Lebensumständen fehlt oft Aufklärung, Unterstützung und Hilfe. Wir müssen diese menschenunwürdigen Taten effektiv bekämpfen und die Opfer bestmöglich unterstützen.“

Um für Opfer von Menschenhandel eine professionelle Beratung und Betreuung zu gewährleisten, fördert das Bayerische Sozialministerium die Fachberatungsstellen Jadwiga (Stop dem Frauenhandel ökumenische gGmbH) und Solwodi Bayern e. V. bereits seit mehr als 17 Jahren.

Um sich selbst ein Bild über die Arbeit der staatlich geförderten Fachberatungsstellen, die Schicksale und die tagtäglichen Herausforderungen zu machen, besuchte Sozialministerin Trautner Jadwiga in München. Auch ein Besuch bei Solwodi in München ist in Kürze geplant. „Mir ist es wichtig, dass Frauen und Mädchen, die betroffen sind, gute Unterstützung erhalten und konkrete praktische Hilfe in ihrer schwierigen Lage finden. Zur Unterstützung der Opfer von Menschenhandel leisten die Fachberatungsstellen Jadwiga und Solwodi äußerst wichtige Arbeit. Ich bin sehr dankbar für ihr couragiertes Engagement im Bereich Menschenhandel und Zwangsverheiratung.“

Für die Jahre 2019 und 2020 wurden die Haushaltsmittel für die Förderung der beiden Fachberatungsstellen sowie des Wohnprojekts Scheherazade (Stop dem Frauenhandel ökumenische gGmbH) für Opfer von Zwangsverheiratung im Rahmen des Drei-Stufen-Plans zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention der Bayerischen Staatsregierung um 250.000 Euro brutto jährlich auf insgesamt 850.000 Euro brutto pro Jahr aufgestockt.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

